

Der Schweizerische Bundesrat über Gegenwart und Zukunft unseres Wehrwesens (Schluss)

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse = Gazzetta militare svizzera**

Band (Jahr): **69=89 (1923)**

Heft 3

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-2558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

oder Italien von unserem Gebiet aus. Und nachdem Belgiens und Luxemburgs Neutralität jene Länder vor dem Einbruch nicht geschützt hatten, was konnte die unsrige noch gelten?

Einer, der es gewiß verstanden hat, scheint, solange er sich mit dem Studium dieser Operationen abzugeben hatte, an ihre Verwirklichung nicht geglaubt zu haben. Das war der damalige General Foch. Von ihm heißt es im erwähnten Buch des Commandant Doumenc¹²⁾, zu dem Maréchal Foch die Vorrede geschrieben hat: „L'hiver 1916—1917 vit revivre la crainte de la concentration allemande en pleine Suisse. L'Etat-major Foch, alors à Mirecourt, poursuivit, sous l'impulsion, *peut-être mal convaincue*, du futur maréchal, des études multipliées de parades . . .“

Wovon war General Foch schlecht überzeugt? Von der Durchführbarkeit der Paraden, die er selbst vorzubereiten hatte? Wohl nicht. Aber von der Wahrscheinlichkeit des Einbruchs der Deutschen in unser Land. Solcher Einbruch mußte dem zukünftigen Marschall als nicht sachgemäß erscheinen, nach den Lehren, die er aufgestellt und befolgt hat: Ueberraschung und in der kürzesten Zeit größte Wirkung an entscheidendem Ort. Das war durch den Einbruch in unser Land nicht zu verwirklichen, weder gegenüber Italien noch gegenüber Frankreich. (Fortsetzung folgt.)

Der Schweizerische Bundesrat über Gegenwart und Zukunft unseres Wehrwesens.

(Schluß.)

Aehnliche Erwägungen und die gleichen Schlüsse drängen sich auf in bezug auf das Material. Die Ausrüstung unserer Armee hält gar keinen Vergleich mit derjenigen aus, die sich die kämpfenden Armeen unter dem Druck der Not bis zum Kriegsschluß haben verschaffen müssen. Die Wichtigkeit, welche das Material im Laufe des jahrelangen Ringens erhalten hat, ist so bekannt, daß wir an dieser Stelle weitere Ausführungen füglich unterlassen können. Wir wissen zum vorneherein, daß es uns nicht möglich sein wird, alles anzuschaffen, was heute auch in Ländern von unserer Größe als unbedingt notwendig angesehen wird; dagegen gilt auch hier ein Mindestmaß, das wir beobachten müssen, wenn wir unsere Truppe nicht der Vernichtung durch einen viel besser gerüsteten Gegner aussetzen wollen. Wir sind gezwungen, mit der Entwicklung Schritt zu halten, schon deswegen, weil sonst die Armee das Vertrauen zu sich selbst verliert. Es ist bekannt, wie groß die Anforderungen sind, die bei uns vom Manne und vom ganzen Volke an die Leistungsfähigkeit des Gewehres gestellt werden; die Verhältnisse liegen für die übrigen Waffen nicht

¹²⁾ Doumenc. p. 169.

anders. Wenn wir auch nach dem Vorbild früherer Jahrhunderte so eifrig als möglich danach streben, die Ausrüstung und Verwendung der Armee unsern Verhältnissen anzupassen und namentlich die Vorteile unseres Geländes aufs Aeüßerste auszunützen, so können wir doch so wenig wie unsere Vorfahren auf eine zeitgemäße Bewaffnung verzichten. Das führt uns auch in bezug auf das Kriegsmaterial zur Ueberzeugung, daß die bis dahin notwendig gewordenen Ausgaben auch in Zukunft nicht werden vermieden werden können.

Die Kosten für Ausbildung und Material stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Größe der Armee. Je geringer die Zahl unserer Soldaten ist, desto weniger kostet die Ausbildung und desto geringer sind die Bedürfnisse an Kriegsmaterial aller Art. Die Zahl unserer Soldaten aber hängt in erster Linie von der Größe der Rekrutenjahrgänge ab. Je kleiner sie sind, desto kleiner sind die Ausgaben für die erste Ausbildung und Ausrüstung und für die spätere Verwendung. Im Bestreben, hier so viel als möglich einzuschränken, sind schon seit mehreren Jahren die Anforderungen an die Tauglichkeit ganz wesentlich verschärft worden. Unter zwei Malen, d. h. in den Jahren 1920 und 1921, sind sogar die bereits ausgehobenen Rekruten beim Eintritt in die Rekrutenschule einer neuen Untersuchung unterworfen worden, was eine große Anzahl von nachträglichen Dienstbefreiungen zur Folge gehabt hat. Während in den Jahren 1911—1913 der Prozentsatz der tauglich Erklärten 69 bis 72,2 % betrug, ging er im Durchschnitt im Jahr 1921 bis auf 55,99 % zurück. In einzelnen Gegenden wurden bis zu 60 % der Stellungspflichtigen zurückgewiesen. Es ist sicher, daß auf diese Weise sowohl für das Jahr der ersten Ausbildung als für die spätern Zeiten sich eine sehr wesentliche Verminderung der Kosten erzielen läßt. Vom militärischen Standpunkt aus ist allerdings die Sache nicht unbedenklich. Unsere ganze Organisation ist auf die Einberufung aller tauglichen Leute eingerichtet; infolge der Verminderung des jährlichen Ersatzes sind in den Beständen naturgemäß bereits erhebliche Lücken eingetreten. Wir haben die Verantwortung für diesen Zustand mit Rücksicht auf seine finanziellen Vorteile bis jetzt getragen; es erheben sich aber je länger je mehr Stimmen, die sich gegen die Beibehaltung eines derartigen Systems aussprechen.

Einer der Grundsätze unserer Verfassung ist derjenige der allgemeinen Wehrpflicht. Es ist klar, daß man bei der Aushebung nicht unter eine gewisse Grenze hinuntergehen kann, wenn man diesen Grundsatz nicht verletzen will. Viele behaupten, daß diese Grenze bereits überschritten sei; wir glauben zum mindesten sagen zu dürfen, daß wir sie erreicht haben und in dieser Hinsicht etwas Mehreres nicht mehr getan werden kann. Wir stoßen bei der Anwendung der heute geltenden Tauglichkeitsvorschriften namentlich auch auf Widerstand bei den Stellungspflichtigen selbst. Ganz allgemein gesprochen, sind sie nach wie vor vom Wunsche erfüllt, als Soldat an-

genommen zu werden und Dienst zu leisten. Je erfreulicher diese Erscheinung ist, desto schwieriger und auch gefährlicher wird es, den bestehenden guten Willen zu mißachten. Wenn der junge Mann sich bereit erklärt, seine Pflicht als Soldat zu tun, und wenn er daran in einer Weise gehindert wird, die seiner Meinung nach ungesetzlich ist, so wird das auf sein Verhältnis zum Gemeinwesen nicht ohne Einfluß bleiben. Er wird leicht geneigt sein, auch seine andern Pflichten gegenüber dem Staat weniger ernst aufzufassen und zu sagen, daß wenn der eine Grundsatz der Verfassung ihm gegenüber nicht angewendet werde, er es auch mit den andern leicht nehmen dürfe. Jedenfalls müssen die Behörden hier mit aller Vorsicht vorgehen, wenn nicht ein bleibender Schaden entstehen soll, der nicht nur militärisch von Bedeutung ist, sondern auf ganz andere Gebiete übergreifen wird. Wie sehr der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht bei uns als selbstverständlich gilt, zeigt die Tatsache, daß derjenige Antragsteller, der bei der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1922 im Nationalrat eine Herabsetzung der Kosten um mehr als 10 Millionen verlangt hat, zugleich die uneingeschränkte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht verlangte. Wir stehen hier also vor Schwierigkeiten, die nur schwer zu überwinden sind, und müssen deshalb die Hoffnung, daß durch eine weitere Herabsetzung der Zahl der Diensttuenden es möglich sein werde, wesentliche Ersparnisse zu machen, unter den heutigen Verhältnissen aufgeben.

Ist auf Grundlage der heutigen Ordnung eine Einschränkung der Militärausgaben in erheblichem Maße nicht herbeizuführen, so stellt sich ganz naturgemäß die Frage, ob nicht die Gesetzgebung zu ändern und die Entlastung auf dem Wege zu suchen sei, daß die Aufgabe und die Organisation der Armee neu gestaltet werden. Es wäre dies unserer Ansicht nach gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine Landesverteidigung, die dieses Namens auch nur einigermaßen würdig ist. Wir haben im Eingang unserer Ausführungen auf die einmal gegebenen Verhältnisse unseres Landes hingewiesen, aus denen die Aufgabe der Armee sozusagen von selber sich ergibt und ebenso der Aufwand, der in persönlicher und finanzieller Beziehung geleistet werden muß. Wir können nur wiederholen, daß wir nicht auf unsere Wehrfähigkeit verzichten können, ohne an die Grundmauern unseres Staatswesens zu rühren; es hilft nichts, daß wir die schönsten Grundsätze in unserer Verfassung beibehalten, wenn wir die zu ihrer Durchführung geschaffenen Einrichtungen verkümmern lassen. Wir werden also auch von einer neuen Organisation unseres Wehrwesens in bezug auf Ersparnisse nicht allzuviel erwarten dürfen. Umso weniger, als wir das wirksamste Mittel, die Verminderung der Bestände, mit Rücksicht auf die allgemeine Wehrpflicht nicht ungehindert anwenden können.

Wir wollen damit aber nicht sagen, daß auf diesem Wege überhaupt keine Ersparnisse zu erzielen sind. Es bestehen Vorschläge,

die nicht undurchführbar scheinen, so namentlich derjenige, daß alle Diensttauglichen die Rekrutenschule zu bestehen haben, daß aber nur etwa $\frac{2}{3}$ in die Armee eingeteilt und zu weiterer Dienstleistung verpflichtet werden, während der letzte Drittel erst bei einer allgemeinen Mobilmachung aufgeboten und nach Auffrischung der militärischen Kenntnisse der Armee zugewiesen würde. Ein fernerer Vorschlag, das Infanteriebataillon anders zu gliedern, indem ihm eine Füsilierkompagnie weggenommen und dafür eine Mitrailleurkompagnie fest zugeteilt wird, ist so weit vorbereitet, daß er im Laufe des nächsten Jahres den eidgenössischen Räten wird unterbreitet werden können. Die finanziellen Folgen sind noch nicht ganz abgeklärt; sie werden im Sinn der Ersparnisse wirken, wahrscheinlich aber nicht sofort in vollem Umfang sich geltend machen.

Einer vollständigen Neugestaltung der militärischen Verhältnisse stehen aber, ganz abgesehen von den bereits erwähnten Bedenken, zwei fernere große Hindernisse entgegen. Ein derartiges Werk braucht für seine Vorbereitung und Durchführung erfahrungsgemäß viel Zeit und Arbeit. Wir erinnern an die jahre-, ja jahrzehntelangen Anstrengungen, die der Militärreform des Jahres 1907 vorangegangen sind, und erinnern im weitern daran, daß die Durchführung des Gesetzes auf mehr als ein Jahrzehnt berechnet und bei Kriegsausbruch noch lange nicht vollendet war. Eine Neugestaltung, die auf sicherer Grundlage beruht und die schon im Jahre 1923 oder 1924 auf die Militärausgaben von großem Einfluß sein könnte, ist unmöglich durchzuführen; die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten sind zu groß.

Dann darf man die alte Erfahrung nicht außer acht lassen, daß jede Umformung der militärischen Einrichtungen für längere Zeit die Bereitschaft und Leistungsfähigkeit der Armee stark beeinträchtigt. Es ist damit unvermeidbar eine Zeit der Unsicherheit verbunden. Wir haben diese Erfahrung erst vor einigen Jahren gemacht. Wir stellen bloß die Frage, ob die gegenwärtigen Zustände dazu angetan seien, die Anhandnahme einer Arbeit zu empfehlen, für die man bei uns und in andern Ländern seit jeher eine Periode der Sicherheit und Ruhe abgewartet hat. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein.

Wir sind also nicht in der Lage, denjenigen, die eine rasche und wirksame Verminderung der Kosten auf dem Wege einer Heeresreform glauben herbeiführen zu können, die Versicherung abzugeben, daß wir ihre Ansicht für richtig halten und unverzüglich zur Ausführung bringen werden.

Wenn wir allen den bisher erörterten Vorschlägen entweder die Durchführbarkeit überhaupt absprechen oder ihre Wirksamkeit im Sinne der wesentlichen Kostenersparnis bezweifeln, so halten wir doch

nicht dafür, daß die Militärausgaben nun immer auf der gegenwärtigen Höhe bleiben werden. Wir erwarten aber eine Entlastung des Bundes auf eine andere Art.

Wie das Steigen der sämtlichen Preise die Zunahme dieser Ausgaben in der Hauptsache verursacht hat, so wird der zu erwartende Rückgang eine Verminderung mit sich bringen. Mag auch der Zustand der Vorkriegsjahre nicht mehr wiederkehren, so ist doch eine Entwicklung im Sinne des Abbaues durchaus möglich und übrigens schon im Gange.

Die militärische Tätigkeit war in den Jahren 1919 und 1920 sehr stark eingeschränkt. Wenn ihre Wiederaufnahme in den Jahren 1921 und 1922 nicht noch größere Kosten verursacht hat, als das tatsächlich der Fall gewesen ist, so sind daran in nicht geringem Maße die kleineren Preise schuld, die auf verschiedenen Gebieten haben bezahlt werden müssen. Auch die Verminderung der Gesamtausgaben um drei Millionen, die der Voranschlag von 1923 im Vergleich zu demjenigen von 1922 aufweist, geht in der Hauptsache auf diesen Grund zurück.

Wir hoffen nicht nur im Militärwesen, daß der Rückgang auch fernerhin anhalte; dann wird eine Verminderung der Kosten für das Militärwesen sich wie in den andern Zweigen der Verwaltung einstellen.

Daneben wird es eine unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen bleiben, mit allem Ernst jede vermeidbare Ausgabe zu unterdrücken. Es ist unser Wille, in dieser Richtung alles zu tun, was geschehen kann, ohne das Notwendige zu schädigen, und wir halten es als die selbstverständliche Aufgabe der Militärverwaltung, daß sie mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln so sparsam als möglich vorgehe und suche, daraus die möglichst hohen Ergebnisse zu ziehen. Die Höhe der von einem Verwaltungszweig ausgegebenen Gelder ist bekanntlich weder der einzige, noch der sicherste Maßstab für den Wert der geleisteten Arbeit. Wir sind überzeugt, daß trotz der bisher schon gemachten Anstrengungen sich da und dort noch Einsparungen verwirklichen lassen; sie mögen im einzelnen nicht sehr bedeutend sein, zusammen genommen machen sie erfahrungsgemäß bald einmal eine ganz stattliche Summe aus. Wir weisen allerdings auf eine Grenze hin, die wir nicht mißachten dürfen. Gehen die Einschränkungen soweit, daß die Truppe das Gefühl bekommt, dadurch in der fruchtbaren Arbeit gehindert zu werden, so werden ihre Leistungen sofort stark zurückgehen. Gerade für die besten unter den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten ist das Bewußtsein der erfüllten Pflicht und des erzielten Fortschritts der schönste Lohn für ihre harte Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes; fühlen sie, daß es trotz ihrem guten Willen nicht vorwärts geht, weil die Beschränktheit der finanziellen Hilfsmittel der Entwicklung im Wege steht, so werden gerade sie die ersten sein, die den Mut verlieren.

Wir werden wie bis dahin unser Möglichstes tun, um da, wo es zum Wohle der Armee unbedingt notwendig ist, die nötigen Kredite zur Verfügung zu haben und um da, wo ohne Gefährdung wichtiger Interessen Zurückhaltung geübt werden kann, rücksichtslos die entsprechenden Streichungen durchzuführen.

Es ist uns zurzeit unmöglich, in bestimmten Zahlen anzugeben, in welchem Betrag die Ausgaben in Zukunft werden herabgesetzt werden können. Dafür sind zu viele Verumständungen maßgebend, die sich heute noch jeder einigermaßen sichern Wertung entziehen. Immerhin weisen wir darauf hin, daß im Vergleich zum Jahre 1922 der Voranschlag für das Jahr 1923 eine Verminderung von Fr. 3,082,314 aufweist. Von den 6 großen Abschnitten, in die der Voranschlag zerfällt, weist einzig das Verkehrswesen eine Vermehrung von Fr. 146,335 auf, die sich auf alle drei Unterabteilungen, Motorwagendienst, Flugwesen, Landestopographie verteilt, deren Hauptteil mit Fr. 112,246 aber auf das immer noch in starker Entwicklung begriffene Flugwesen fällt. In den übrigen 5 Abschnitten sind die neuen Ansätze kleiner als letztes Jahr. Die Erscheinung zeigt sich auch in den einzelnen Rubriken. Mit Ausnahme der Ausgaben für die Erleichterung der Dienstpflicht, an deren Zunahme um Fr. 1,094,051 die Militärversicherung mit rund einer Million vor allem aus beteiligt ist, zeigen sozusagen alle Posten eine kleinere oder größere Entlastung. In dieser Erscheinung kommt hauptsächlich der allgemein wirkende Grund des Preisrückganges zum Ausdruck. Es ist nur zu hoffen, daß die Bewegung sich auch fernerhin fortsetze und die gleiche Wirkung womöglich in erhöhtem Maße hervorbringe.

Wir kommen, gestützt auf alle die angeführten Tatsachen und Erwägungen zum Schluß, daß ohne die Preisgabe der Grundlagen, die für die Landesverteidigung bis jetzt bestanden haben, zur Zeit eine wesentliche Verminderung der Ausgaben für das Militärwesen nicht möglich ist.

Wir werden uns auch in Zukunft bemühen, im Militärwesen alle diejenigen Ersparnisse zu machen, die unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Ordnung und unter Wahrung der Leistungsfähigkeit der Armee möglich sind. Ferner zählen wir auf einen weiteren Rückgang aller Preise.

Auf diese Weise hoffen wir, in den kommenden Jahren mit einem geringern Kostenaufwand die der Armee zugewiesene Aufgabe lösen zu können. Auf die Erfüllung dieser Aufgabe im heutigen Zeitpunkt und unter den gegebenen Verhältnissen ganz oder doch in weitgehendem Maße zu verzichten, halten wir im Interesse unseres Landes für ausgeschlossen.

Wir wollen diesem Berichte hier nichts beifügen als den Ausdruck der Freude darüber, daß unsere höchste Exekutivbehörde sich mit solcher Entschiedenheit auf den Boden der Tatsachen stellt, und der Hoffnung, daß diese bedeutsame Kundgebung ihren Eindruck auf die Volksvertretung und das ganze Volk nicht verfehlen möge. Der Bericht sollte in Volk und Armee luftreinigend wirken und uns Allen neuen Mut und neue Dienstfreudigkeit im guten Sinne einflößen.

Redaktion.

Wiederholungskurse.¹⁾

Von Lieut. *Rolf Zschokke*, Füs.-Kp. IV/59, Aarau.

Es sei mir gestattet, kurz auf den Artikel von Herrn Lieut. *M. Sutter*, I/56, über die letzten Wiederholungskurse zu erwidern. (Der Artikel erschien in Nr. 26 vom 23. Dezember 1922.)

1. Zum Kapitel Drill.

Es scheint mir keine Zeitfrage zu sein, ob man ganze Arbeit leistet oder halbe. — Wenn ich nur 14 Tage statt dreier Wochen Zeit habe, meine Einheit auszubilden, so muß ich es eben in 14 Tagen tun. Ich muß. Ich möchte das Wort Napoleons I.: „Impossible ce n'est pas un mot français“ umwandeln in „Impossible ce n'est pas le mot d'un officier“. Ich muß; und zwar soll dabei nicht das Ausbildungsziel näher gesteckt werden, sondern *ich* muß mehr arbeiten. Nicht schneller, sondern mehr, konzentrierter. Wenn ich will, so will auch mein Zug. Es gibt ohne weiteres eine Energieübertragung vom Führer auf die Truppe. Man kann dies am besten auf dem Marsche feststellen.

Genau und langsam sind nicht identische Begriffe, konzentriert und gehudelt auch nicht.

Aber der Führer muß geistige Anspannungskraft und Ueberlegenheit besitzen. Das persönliche Beispiel wirkt auch beim Drill. Dazu gesellen sich beim Führer geistige und körperliche Ueberlegenheit.

Die Truppe sieht, wenn der Führer auf die Zähne beißt, wenn seine Sehnen sich spannen — nur schon beim Drillkommando. Sie wird daher ohne weiteres mit Anspannung ihrer gesamten Kräfte die Drillbewegungen ausführen. Mit dieser körperlichen Anspannung konzentriert sie sich auch geistig auf den Drill. Wir

¹⁾ Die Redaktion hat dem Einsender geantwortet, daß seine Erwidernung zwar schon die dritte auf den Artikel von Lieut. *M. Sutter*, aber trotzdem willkommen sei, weil auch sie eine Dienstauffassung vertritt, wie wir sie von unseren Lieutnants nicht besser wünschen können. Wir geben sie mit Vergnügen, weil sie, entgegen gewissen pessimistischen Anschauungen über die Stimmung bei unseren jungen Kameraden, beweist, daß wir die Flinte noch lange nicht ins Korn zu werfen brauchen, da wir der Jugend, d. h. der Zukunft, sicher sind.

Redaktion.